

19.01.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Die Stasi als Problem des Westens

Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) war nicht nur in der DDR aktiv, sondern überzog auch die alte Bundesrepublik mit einem engmaschigen Überwachungsnetz. Seit Gründung der DDR-Staatssicherheit galt die West-Arbeit als "Hauptaufgabe", an der sich alle Dienstleistungen beteiligten. Tausende von Bundesbürgern fungierten dabei in Politik, Wirtschaft, Militär oder Medien als unerkannte Zuträger und Befehlsempfänger des MfS. Der Text ist einer der ersten, der sich der Aufarbeitung der westdeutschen Stasi-Verstrickungen widmete.

In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 50/97, S. 3-16

Die Stasi als Problem des Westens

Zur Tätigkeit des MfS im „Operationsgebiet“

I. Vorbemerkung

Die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) wird seit dem Untergang der SED-Diktatur in erster Linie als Problem der Ostdeutschen wahrgenommen: In Ostdeutschland, so die allgemeine Vorstellung, hatte die DDR-Staatssicherheit die Bevölkerung einer nahezu lückenlosen Kontrolle unterworfen, in Ostdeutschland wurden Kritiker der SED verfolgt, „zersetzt“ oder in Haft genommen, in Ostdeutschland wurde dabei auch eine große Zahl von Menschen zu Mittätern in einem gigantischen Überwachungs- und Repressionsapparat. Die Ostdeutschen sind es somit auch, die nun vor der schwierigen Aufgabe einer „zweiten“ Vergangenheitsbewältigung in Deutschland stehen.

Tatsächlich ist die Tätigkeit des MfS aber zu einem erheblichen Maße auch auf den Westen ausgerichtet gewesen. Zwei der insgesamt sechs Millionen erfaßten Menschen in der Zentralkartei des MfS waren Bundesbürger. Auch in Westdeutschland hatte die Staatssicherheit ein engmaschiges Überwachungsnetz ausgelegt, wurden SED-Kritiker aller Art „bearbeitet“, „zersetzt“ oder in den fünfziger Jahren zwecks Inhaftierung in die DDR verschleppt. Auch im Westen rekrutierte die DDR-Staatssicherheit Tausende von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM), die die Aufgabe hatten, die kommunistische Macht in Ostdeutschland zu sichern und zu festigen. Auch durch die westdeutsche Gesellschaft verläuft somit eine unsichtbare Trennlinie zwischen „Opfern“ und „Tätern“, die bislang freilich kaum ins öffentliche Bewußtsein getreten ist.

Die Gründe für die Reduktion der Stasi-Aufarbeitung auf Ostdeutschland sind vielschichtig: Zum einen ist die Aktenüberlieferung zur West-Arbeit des MfS ungleich lückenhafter als zur Tätigkeit innerhalb der DDR. Durch die vom Runden Tisch legitimierte und von der letzten DDR-Regierung zu Ende geführte Selbstauflösung der Hauptver-

waltung A (HV A) ist bis auf einen unbedeutenden Restbestand ein großer Teil der operativen Akten über Opfer und Täter im Westen beseitigt worden. Politiker, Wissenschaftler oder Schriftsteller aus der Bundesrepublik, die ihre persönliche Akteneinsicht als öffentlichen Aufarbeitungsprozeß inszenieren könnten, waren fast immer von der HV A „erfaßt“; aufgrund der Aktenvernichtung können ihnen von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) zumeist nur unbedeutende Schriftstücke vorgelegt werden – oftmals sind nicht einmal mehr ihre Karteikarten vorhanden.

Auch die anderen rund 200 Diensteinheiten des MfS, die im Westen operierten, haben nach der Wende die als politisch heikel eingestuften Akten über den Westen systematisch vernichtet, so daß die West-Aktivitäten in ihrem jeweiligen „Verantwortungsbereich“ – von der „Volkswirtschaft“ über die „Spionageabwehr“ bis zu den Kirchen – nur mit großen Schwierigkeiten zu rekonstruieren sind. Geschlossene „Operative Vorgänge“ (OV) gegen prominente Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik sind ebenso selten überliefert wie vollständige Akten über Inoffizielle Mitarbeiter in Westdeutschland, die in zentralen Bereichen der Wirtschaft, der Politik, des Militärs, der Medien oder der Kultur operierten.

Zum zweiten ist das Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der westdeutschen Stasi-Vergangenheit nicht eben übermäßig ausgeprägt. Während man in Ostdeutschland verständlicherweise die eigene Unterdrückungsgeschichte in den Mittelpunkt stellt, sind es in Westdeutschland in erster Linie politische Vorbehalte, die einer Aufdeckung der vielschichtigen MfS-Bezüge entgegenwirken. Schon die Öffnung der Stasi-Akten mußte 1990 von Bürgerrechtlern der DDR gegen starke Widerstände aus Bonn durchgesetzt werden, und die HV A konnte ihre systematische Spurenbeseitigung auch dann noch weiterführen, als in der DDR eine CDU-geführte Regierung ins Amt kam. Auch die Bereitschaft, Überprü-

fungen auf eine Stasi-Verstrickung durchzuführen, ist im Westen kaum vorhanden, so daß von dieser Seite ebenfalls keine Impulse zur Aufarbeitung ausgehen. Vor allem aber rührt die Thematisierung der West-Arbeit des MfS an politische Tabus, da die Einflußnahme der DDR-Staatssicherheit im Westen ungleich stärker war, als viele heute eingestehen mögen. Von den großen „Skandalen“ der sechziger Jahre um Globke oder Lübke über die positive Rezeption der Studentenbewegung, der Entspannungspolitik oder der Friedensbewegung bis hin zu den zahllosen „stillen“ Verbindungen in die DDR von Politikern, Kirchenführern, Unternehmern oder Journalisten – das Selbstbild bestimmter gesellschaftlicher Eliten des Westens wäre durch eine Dekonspirierung der MfS-Bezüge im Westen oftmals unmittelbar in Frage gestellt.

Zum dritten ist die „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“, wie das MfS den Westen nannte, in besonderer Weise der Legendenbildung ausgesetzt. Während Offiziere der nach innen gerichteten Stasi-Dienstleistungen es kaum wagen würden, ihre frühere Tätigkeit öffentlich als „tugendhaft“ zu bezeichnen oder als Versuch, ein „realistisches Bild vom Gegner“ zu gewinnen, finden sich jedoch ebendiese Verklärungsformeln in den meisten der inzwischen zahlreichen „Erinnerungen“ früherer HV A-Mitarbeiter¹. Insbesondere der langjährige Leiter der HV A, Generalleutnant Markus Wolf, der im Frühjahr 1997 zu zwei Jahren Haft auf Bewährung wegen Freiheitsberaubung in vier Fällen verurteilt wurde, hat es verstanden, der West-Arbeit des MfS in der Öffentlichkeit die Aura eines geradezu sportlichen und vom Humanismus getragenen Anliegens zu verleihen².

Zahlreiche andere Beteiligte, von den DDR-Unterhändlern und MfS-Mitarbeitern Vogel und Schalck-Golodkowski bis zu vielen der wegen Spionage für das MfS verurteilten „Quellen“ im Westen, haben – nicht zuletzt um einer Strafverfolgung zu entgehen – in ähnlicher Weise die West-Arbeit der Staatssicherheit verharmlost³.

1 Vgl. Hans Eitgen, *Ohne Chance. Erinnerungen eines HVA-Offiziers*, Berlin 1995, S. 8; Wolfgang Hartmann, *Aufklärer in der BRD*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (1997) 9, S. 1127.

2 Vgl. Markus Wolf, *In eigenem Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten*, München 1991; ders., *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf – München 1997.

3 Vgl. Norbert F. Pötzi, *Basar der Spione. Die geheimen Missionen des DDR-Unterhändlers Wolfgang Vogel*, Hamburg 1997; Bernd Michels, *Spionage auf Deutsch. Wie ich über Nacht zum Top-Agent wurde*, Düsseldorf 1992; Gerd Lotze, Karl Wienand, *Der Drahtzieher*, Köln 1995.

II. Zur Bedeutung der „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“

1. West-Arbeit als „Hauptaufgabe“

In der fast vierzigjährigen Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit genoß die Arbeit im Westen Deutschlands zu allen Zeiten höchste Priorität. Schon bei der Gründung des MfS rechnete der damalige Minister des Inneren, Karl Steinhoff, neben dem Schutz der DDR-Wirtschaft vor „Anschlägen verbrecherischer Elemente“ den „entschiedenen Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione“ zu den Hauptaufgaben des Ministeriums⁴. Im Mittelpunkt des Aufklärungsinteresses standen damals Institutionen wie der „Rundfunk im amerikanischen Sektor“ (RIAS), der „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (UfJ), die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) und die „Vereinigung Opfer des Stalinismus“ (VOS), die vom MfS allesamt als „Agentenzentralen“ betrachtet wurden. Alle Informationen über diese vornehmlich in West-Berlin ansässigen Einrichtungen wurden seit Beginn der fünfziger Jahre zentral gesammelt, und detaillierte Anweisungen regelten ihre Aufklärung und Bekämpfung⁵.

Nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 forcierte die Staatssicherheit ihre West-Arbeit, da aus Sicht der SED die eigentlichen „Drahtzieher“ des Aufstands im Westen saßen. Ihr neuer Chef, Ernst Wollweber, erklärte, daß man über die Absichten des Gegners erst dann genaue Informationen haben werde, wenn die Informatoren der Staatssicherheit in den „feindlichen Zentren“ selbst seien. Überall, in jeder Kreisdienststelle, müsse deshalb die Möglichkeit überprüft werden, „wie wir unsere Arbeit nach dem Westen verstärken können, d. h. in diese Zentralen hineinkommen ... Die Schaffung der Möglichkeiten hierfür ist Aufgabe jedes

4 Karl Steinhoff zum Tagesordnungspunkt „Begründung, Aussprache und Abstimmung über das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit“ der Sitzung der Provisorischen Volkskammer der DDR am 8. 2. 1950; zit. in: Karl Wilhelm Fricke, „Schild und Schwert“: Die Stasi. Funkdokumentation des DLF, Köln 1993, S. 11.

5 Zum RIAS: Dienstanweisung II/IV/50 vom 13. 1. 1950 sowie „Nachträge“ vom 19. 2. 1951 und vom 14. 2. 1951, BStU, Zentralarchiv (ZA) Dokumentenstelle (DSt) 100825; zum UfJ: Schreiben des Staatssekretärs vom 22. 10. 1951, BStU, ZA, DSt 100833; zur KgU: Befehl Nr. 60/52 vom 24. 4. 1952, BStU, ZA, DSt 100030; zum VOS: Sachakte „Pest“ vom 24. 1. 1953, BStU, ZA, DSt 100861; allgemein: Schreiben des Staatssekretärs vom 9. 3. 1953, BStU, ZA, DSt 101392.

Mitarbeiters.“⁶ Kurz darauf wurde der bis dahin separate „Außenpolitische Nachrichtendienst“ (APN) unter Markus Wolf in das MfS integriert und im Statut der DDR-Staatssicherheit das Recht verankert, gleichermaßen „in Westdeutschland, Westberlin und in der DDR effektiv arbeitende Agenturen zu errichten und zu unterhalten“⁷.

Tatsächlich gelang es der Staatssicherheit nun vermehrt, durch Agenten in den „Feindorganisationen“ und andere „operative Maßnahmen“ herauszufinden, welche DDR-Bürger Kontakt zu diesen aufgenommen hatten oder gar aktiv deren Arbeit unterstützten. So verschaffte beispielsweise der persönliche Sekretär des früheren DGB-Vorsitzenden Willi Richter, Wilhelm Gronau, dem MfS Zugang zum Panzerschrank in der Bonner SPD-Zentrale, in dem die Personalkartei des Ostbüros aufbewahrt wurde – zahlreiche Verhaftungen und die Zerschlagung des Unterstützernetzes in der DDR waren die Folge⁸. Gleichzeitig verschleppte die Staatssicherheit exponierte Gegner des SED-Regimes wie den Journalisten Karl Wilhelm Fricke in den Osten, um sie dort zu hohen Haftstrafen zu verurteilen⁹. Zur Bestätigung der Propagandabehauptung, daß der „faschistische Putsch“ am 17. Juni von den westlichen „Kriegstreibern“ organisiert worden sei, fand zum ersten Jahrestag des Juni-Aufstandes ein Schauprozeß statt, dessen Angeklagte ausnahmslos vom Staatssicherheitsdienst nach Ost-Berlin verschleppt oder dorthin gelockt worden waren¹⁰.

Während der innere Widerstand mittels dieser Strategie der „konzentrierten Schläge“¹¹ zunehmend gebrochen werden konnte, richtete sich die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes ab Mitte der fünfziger Jahre verstärkt gegen Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Die Ausforschung, Infiltrierung und Bekämpfung von Politik, Wirtschaft und Militär im Westen gewann, ausgelöst von entsprechenden sowjetischen Direktiven, zunehmend an Bedeutung. 1955 beschloß die SED, auch in den Bezirksverwaltungen (BV) für Staats-

sicherheit eigene Abteilungen XV für die „Aufklärung“ des Westens einzurichten¹². Der Aufklärungsapparat wurde um 100 zusätzliche Mitarbeiter aufgestockt und ein Jahr später zur Hauptverwaltung A ausgebaut. „Ich stelle“, so Wollweber auf einer Dienstbesprechung im August 1955, „die Verstärkung der Aufklärungsarbeit, nicht nur die Verstärkung durch die Abteilung XV, sondern insgesamt die Aufklärungsarbeit mit voller Absicht in den Mittelpunkt unserer Aufgaben in der nächsten Zeit ... Die Chefs der Bezirksverwaltungen müssen sich in Zukunft mindestens die Hälfte der Zeit mit der Verstärkung der Arbeit zum Eindringen in die feindlichen Agentenzentralen im Westen beschäftigen.“¹³ Und auf das damals noch offene West-Berlin bezogen: „1. In Westberlin darf nichts passieren, was wir nicht wissen. 2. Wir müssen einen Zustand erreichen, wo in Westberlin jeder Agent damit rechnen muß, daß er in kurzer Zeit bei uns ist, ein Gefühl der Unsicherheit und 3. wir müssen bei den Agenten in Westberlin eine solche Psychose erzeugen, daß sie auf verlorenem Posten stehen, und auch bei Angehörigen des Staatsapparates in Westberlin, der Senatsverwaltung usw. ..., das heißt, wir müssen darauf hinarbeiten, daß sich eine Reihe Leute auf Rückversicherung einstellen.“¹⁴

Obwohl die starke West-Orientierung Wollwebers nach seinem Sturz vom Zentralkomitee der SED kritisiert wurde¹⁵, maß ihr auch sein Nachfolger, Erich Mielke, zentrale Bedeutung zu. So verlangte er auf einer Kollegiumssitzung im Februar 1958 vom MfS eine „Verstärkung und Unterstützung der Arbeit der Partei nach Westdeutschland“ und erklärte: „Es ist an der Zeit, geeignete leitende Kader auszuwählen, die nach Westdeutschland gehen und gute Agenturen aufbauen ... Diese Leute sind nur mit dieser Aufgabe zu beschäftigen, um in die wichtigsten Stellen einzudringen. Die Beschaffung operativer Informationen durch die Aufklärung muß verstärkt werden ... Wir müssen den Feind so schlagen, daß er mit sich selbst zu tun hat und gezwungen wird, die Hetze und Verleumdung gegen unsere Partei und die DDR einzustellen.“¹⁶

6 Protokoll der Dienstbesprechung am 21. 8. 1953, S. 205, BStU, ZA, SdM 1921.

7 Statut des Staatssekretariats für Staatssicherheit vom 15. 10. 1953, S. 2, BStU, ZA, DS1 102272.

8 Deckname Stabil. Stationen aus dem Leben und Wirken des Kommunisten und Tschekisten Paul Laufer, Leipzig 1988, S. 88.

9 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, Akteneinsicht, Berlin 1996.

10 Vgl. ders., Zur Manipulierung und Präjudizierung politischer Strafurteile durch das MfS, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 6, S. 891 f.

11 Vgl. dazu ders./Roger Engelmann, „Konzentrierte Schläge“, Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1997 (i. F.).

12 Protokoll der Dienstbesprechung am 22. 3. 1955, BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 104 f.

13 Referat Wollwebers auf der Dienstbesprechung am 5. 8. 1955, BStU, ZA, SdM 1921, Bl. 43–77, hier 57.

14 Ebd., Bl. 61 f.

15 Protokoll des 32. Plenums des ZK der SED, 10.–12. 7. 1957, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BA), DY 30, IV 2/1/177, Bl. 13–53, hier 43 f.

16 Protokoll der Kollegiumssitzung am 19./20. 2. 1958, BStU, ZA, SdM 1900, Bl. 7 f.

Die hermetische Abriegelung der DDR durch den Mauerbau im August 1961 führte nicht dazu, daß das MfS seine Arbeit im Westen reduzierte oder gar einstellte – nur die technischen und „operativen“ Bedingungen hatten sich aus der Sicht des MfS geändert. Grenzübertritte waren nun schwieriger zu organisieren, doch durch die totale Kontrolle des Reiseverkehrs hatte man jetzt ein außerordentlich wirksames Instrument zur „Filtrierung des . . . passierenden Personenkreises“ in die Hand bekommen – auf „Feinde“ wie auf für das MfS „interessante“ Personen und Personengruppen¹⁷. Auch in den sechziger Jahren beharrte Mielke darauf, „daß die Aufklärung in der Arbeit des MfS einen größeren Platz als bisher einnehmen muß . . . , weil die Basis für die Feindtätigkeit im wesentlichen außerhalb des Territoriums unserer Republik liegt“¹⁸.

In eine neue Phase trat die West-Arbeit, als sich im Zuge der Entspannungspolitik die Beziehungen zwischen Ost und West nach und nach normalisierten. Aus Sicht des MfS waren damit vor allem „Gefahren“ für die DDR verbunden, bald erkannte man aber auch die zusätzlichen Chancen für die Tätigkeit im „Operationsgebiet“. 1967 warnte Mielke vor „den verstärkten Versuchen des Gegners zur Intensivierung der *politisch-ideologischen Diversions- und Aufweichungspolitik*, der sogen. *Kontaktpolitik* und auf dem gesamten Gebiet der sogen. *Ostpolitik*“ (Hervorhebungen im Original). Er forderte deshalb, „stärker in solche Gremien in Westdeutschland einzudringen, in denen die Politik Bonns gegen die DDR beschlossen bzw. beraten wird“¹⁹. Auf der anderen Seite stellte er einige Jahre später fest: „Die Erfahrung zeigt z. B. bei vielen Besuchern aus dem Operationsgebiet eine wachsende Bereitschaft zum politischen Gespräch, gerade auch bei den Menschen, für die wir uns am meisten interessieren. Wie bereits in der zentralen Planvorgabe für 1975 hervorgehoben, ist und bleibt es eine der vorrangigen Aufgaben, die sich in allen operativen Dienst-einheiten bietenden bzw. bereits vorhandenen Möglichkeiten zur Schaffung neuer, operativ interes-

santer Verbindungen in das Operationsgebiet planmäßig zu erschließen.“²⁰

Die zentrale Bedeutung der West-Arbeit wurde auch im neuen MfS-Statut von 1969 bekräftigt: Zu den „Hauptaufgaben“ zählte danach an erster Stelle, „feindliche Agenturen zu zerschlagen, Geheimdienstzentralen zu zersetzen und andere politisch-operative Maßnahmen gegen die Zentren des Feindes durchzuführen“²¹. Seit den frühen siebziger Jahren wurde die Basis der West-Arbeit dann sukzessive verbreitert, indem Aufgaben der „Abwehr“ und der „Aufklärung“ immer stärker miteinander verwoben wurden. Geradezu sprunghaft an Bedeutung gewann auch die elektronische Aufklärung der Bundesrepublik durch die 1971 geschaffene Abteilung III, deren Mitarbeiterzahl sich innerhalb weniger Jahre verdoppelte. Systematisch belauschte sie in der Bundesrepublik Telefongespräche und Funksprüche, deren Inhalt ständig analysiert und an alle betroffenen Dienst-einheiten weitergegeben wurde.

Neben der Aufklärung und Beeinflussung der westdeutschen Verhandlungspositionen gegenüber der SED ging es dem MfS vor allem darum, ein politisches, ideologisches und ökonomisches „Eindringen“ des Westens in die DDR im Zuge der zunehmenden Ost-West-Verbindungen zu verhindern. Darüber hinaus bekam der Apparat die Aufgabe, systematisch die DDR-freundlichen Kräfte im Westen durch „aktive Maßnahmen“ zu stärken und die Bekämpfung DDR-kritischer Bestrebungen in der Bundesrepublik – die sogenannte „äußere Abwehr“ – zu intensivieren. Auf Aktivtagungen und Dienstkonferenzen, in Planvorgaben, Weisungen und Befehlen verlangte Erich Mielke immer wieder, „konkreter zu wissen, welche imperialistischen Geheimdienste, andere Zentren, Organisationen und Kräfte des Klassen-gegners bestrebt sind, feindliche Stützpunkte in der DDR zu schaffen“²². Entsprechend umfangreich waren die Aktivitäten des MfS im Westen, um dem Minister „beweiskräftiges“ Material aus Geheimdiensten, Verbänden, Ministerien, Instituten und Konzernen zu liefern. Über seine Agenten

17 Ausführlich dazu: Horst Meinzer/Wolfgang Lindner, Die Bildung der HPF als Ausdruck der Reaktion des MfS auf neue Sicherheitsanforderungen zu Beginn der 60er Jahre (Hausarbeit), S. 28, S. 34 und S. 43, BStU, ZA, VVS JHS 001-1175/77. (HPF = Hauptabteilung Paßkontrolle und Fahndung).

18 Zit. in: Referat eines ungenannten Mitarbeiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit (wahrscheinlich der Leiter der Abteilung XV), ohne Datum (1963), S. 1, BStU, Ast. Bln. XV 25.

19 Hinweise für das Schlußwort auf der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation V (HVA) – 2. 2. 1967, S. 22 ff., BStU, ZA, SdM 1343.

20 Zentrale Planvorgabe für 1976 und den Perspektivplanzeitraum bis 1980, S. 371, in: BStU, ZA, DSt 102260.

21 Statut des Ministeriums für Staatssicherheit der Deutschen Demokratischen Republik, bestätigt vom Nationalen Verteidigungsrat am 30. 7. 1969, in: Bernd Florath/Armin Mitter (Hrsg.), Die Ohnmacht der Allmächtigen: Geheimdienste und politische Polizei in der modernen Gesellschaft, Berlin 1992, S. 138–145, hier: S. 139.

22 Erich Mielke auf der Zentralen Aktivtagung vom 25. 6. 1976 zur Auswertung des IX. Parteitagess der SED, zit. in: ebd., S. 5; vgl. auch Mielkes Weisung vom 22. 12. 1976, zusammengefaßt wiedergegeben in: ebd., S. 5f.

sollte es „in die Zentren und Spitzen des Gegners (eindringen), um die Pläne und Maßnahmen dort zu erkunden, wo sie festgelegt werden ... Es kommt darauf an, alles zu erkunden und zu nutzen, was der Politik der Partei gegenüber der BRD und Westberlin nützt, und alles aufzuklären, was dieser Politik entgegenwirkt und was sich gegen unsere Republik richtet.“²³ Ab Ende der siebziger Jahre wurden die gesammelten „Daten über den Gegner“ auch in ein in Moskau befindliches gemeinsames Speichersystem eingegeben – bis Ende 1987 immerhin von über mehr als 170 000 Personen²⁴.

Die Anstrengungen, den Westen nachrichtendienstlich zu durchdringen, nahmen in den achtziger Jahren weiter zu, je deutlicher die Anzeichen für den politischen und ökonomischen Niedergang der DDR wurden. Zur frühzeitigen Erkennung von „Aggressionsabsichten“ des Westens verpflichtete Mielke 1985 das gesamte MfS zur systematischen Aufklärung entsprechender Indikatoren im Westen²⁵. Zugleich unterwanderte man systematisch Parteien, Organisationen und Bewegungen, um dort im Sinne der SED Einfluß zu nehmen. Allein die BV Berlin betrieb 1984 die „namentliche Aufklärung von ca. 800 Westberliner Politprominenten“, obgleich die eigentliche Zuständigkeit dafür bei der HV A lag²⁶. Darüber hinaus wurden die Wirtschaftsspionage, die Beschaffung von Embargo-Gütern und die nachrichtendienstliche Suche nach Ansatzpunkten „für die Erweiterung des Exports der DDR“ verstärkt²⁷. Vor allem aber ging es Mielke um die

23 Zentrale Planvorgabe für 1976 und den Perspektivplanzeitraum bis 1980, S. 31 f., BStU, ZA, DSt 102260.

24 Vgl. Bodo Wegmann/Monika Tantzsch, SÖUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnisystems, hrsg. vom BStU, Reihe B: Analysen und Berichte, Nr. 1/1996, S. 62.

25 Vgl. Befehl Nr. 1/85 „Aufgaben der Dienstseinheiten des MfS zur frühzeitigen Aufklärung akuter Aggressionsabsichten und überraschender militärischer Aktivitäten imperialistischer Staaten und Bündnisse, insbesondere zur Verhinderung eines überraschenden Raketenkernwaffenangriffs gegen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“, BStU, ZA, DSt 103137.

26 Ergänzende Bemerkungen eines ungenannten Mitarbeiters der BV Berlin zur „Berichterstattung DA 3/75“ in der Leiterbesprechung am 9. 8. 1984, S. 1, BStU, Ast. Bln. A 1121.

27 Vgl. 6. Durchführungsbestimmung des Stellvertreters des Ministers zur DA 1/82: „Politisch-operative Sicherung der Auswertung und Nutzung politisch-operativ beschaffter wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse in der Volkswirtschaft der DDR“ vom 3. 1. 1983, BStU, ZA, DSt 102836. Dienstanweisung Nr. HV A 2/83 vom 15. 11. 83 „zur Organisierung und Durchführung der Wirtschaftsaufklärung im Bereich der Hauptverwaltung A und der Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen – Wirtschaftsaufklärung –“, BStU, Ast. Bln. XV

„Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind“ – von der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) bis zum Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin (ZI 6)²⁸.

2. West-Arbeit als „Gesamtaufgabe“ des MfS

Zu den Legenden über die Geheimpolizei der SED gehört es, daß die West-Arbeit der DDR-Staatssicherheit von der inneren Repression losgelöst gewesen sei oder – mit den Worten von Markus Wolf – daß die „Aufklärer ... nicht verantwortlich für die Unterdrückung im Innern des Landes“ gewesen wären²⁹. Tatsächlich waren innere und äußere Aufgaben von Anbeginn untrennbar miteinander verwoben³⁰. Angesichts der ungewissen Zukunft des ostdeutschen Halbstaaes, der bis 1961 offenen Grenze und der auch danach fortbestehenden vielfältigen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschen war es nur naheliegend, innere und äußere Arbeit als „Gesamtaufgabe“ zu begreifen und aus einem einheitlichen Apparat zu betreiben.

An der Tätigkeit des MfS im „Operationsgebiet“ war – quer zu den sonstigen Strukturen – das gesamte Ministerium beteiligt: Auf horizontaler Ebene waren neben dem 1953 ins MfS integrierten Apparat der HV A auch Dienstseinheiten wie die Hauptabteilung (HA) XVIII (Volkswirtschaft) oder die HA I (bewaffnete Organe) mit „Aufklärungsaufgaben“ betraut; darüber hinaus verfügte die Nationale Volksarmee (NVA) über einen eigenen Aufklärungsdienst, der eng mit dem MfS verwoben war. Die HA III (Funkaufklärung) spielte ebenfalls eine zentrale Rolle bei der Informationsbeschaffung aus dem Westen, wo sie mit unglaublichem Aufwand den Äther ausspionierte.

In starkem Maße operierte auch die für die innere Repression vorrangig zuständige HA XX in der Bundesrepublik. Sie bekämpfte nicht nur ausgebürgerte Dissidenten und andere SED-Kritiker im Westen, sondern infiltrierte auch zahlreiche als „feindlich“ eingestufte Stellen – von der „Aktion

8; Planorientierung des Leiters der Hauptverwaltung A für das Jahr 1989, S. 24, BStU, Ast. Bln. XV 24.; Zentrale Planvorgabe für die Jahresplanung 1985, S. 15, BStU, ZA, DSt 103102.

28 Vgl. Schreiben des Ministers vom 15. 2. 1985 in der aktualisierten Fassung vom 14. 10. 1988, S. 1 f., BStU, ZA, DSt 103142.

29 M. Wolf. In eigenem Auftrag (Anm. 2), S. 7.

30 Vgl. dazu den Beitrag von Karl Wilhelm Fricke in diesem Heft.

Sühnezeichen“ in West-Berlin bis zu den „Zeugen Jehovas“ in Wiesbaden. Ähnliches gilt für die HA II („Spionageabwehr“), die nicht nur gegen tatsächliche und vermeintliche westliche Geheimdienstmitarbeiter vorging, sondern auch alle in der DDR tätigen Journalisten, Diplomaten, Handelsvertreter und sonstigen Ausländer überwachte. In der Bundesrepublik war sie für die Aufklärung und Bekämpfung von insgesamt 18 „feindlichen Stellen“ zuständig, darunter das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf und die Otto-Benecke-Stiftung in Bonn.

Überwiegend im Westen verankert war auch die für „Terrorabwehr“ zuständige HA XXII, die neben deutschen und ausländischen Terrorgruppen auch radikale linke und rechte Gruppierungen wie die „Revolutionären Zellen“ oder die „NSDAP/AO“, aber auch die in Berlin ansässige „Arbeitsgemeinschaft 13. August“ überwachte. Für die „Aufklärung“ der Umweltschutzorganisation „Greenpeace“ war die HA XVIII zuständig³¹, während die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) von der Zentralen Koordinierungsgruppe bekämpft wurde³². West-Arbeit betrieben aber auch die „auftragnehmenden“ Abteilungen der Staatssicherheit, die die Post kontrollierten, die Telefone abhörten oder im Westen Observationen und Ermittlungen durchführten.

Auch auf vertikaler Ebene beteiligte sich das gesamte MfS an der „Arbeit im und nach dem Operationsgebiet“: In allen Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit war der Leiter der Aufklärungsabteilung (XV) zugleich Stellvertreter des BV-Chefs und für die Ausforschung eines westdeutschen Bundeslandes einschließlich seiner wichtigsten Institutionen verantwortlich. So spionierte beispielsweise die Abt. XV der BV Leipzig systematisch in Bayern und war u. a. für die Ausforschung der Bayerischen Staatskanzlei zuständig, während die BV Schwerin das Bundesland Bremen bearbeitete und dort u. a. die „Forschungsstelle Osteuropa“ an der Universität überwachte. Die Bezirksverwaltungen von Potsdam und Berlin operierten hingegen intensiv in West-Berlin, das ohnehin wie eine Art Teil der DDR behandelt wurde – erst 1976 änderte die „Verwaltung für Staatssicherheit Groß-Berlin“ ihren Namen in „Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin“. So wie in der Zentrale beteiligten sich

31 Vgl. Uwe Bastian, Greenpeace in der DDR. Erinnerungsberichte, Interviews und Dokumente, Berlin 1996.

32 Vgl. Jürgen Wüst, Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) im Visier von Antifa und Staatssicherheit, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie, Bd. 8, Baden-Baden 1996, S. 37–53.

auch in den Bezirksverwaltungen alle Dienstleistungen der „Abwehr“ an der Tätigkeit im Westen durch eigene „operative Arbeit“, durch Weitergabe von „Hinweisen“ an die Aufklärung oder durch Rekrutierung neuer „operativer Verbindungen“. Selbst in den Kreisdienststellen des MfS war die West-Arbeit über spezielle Aufklärungsoffiziere verankert. Fast alle operativen Struktureinheiten verfügten dabei über eigene IM-Netze im „Operationsgebiet“, deren koordiniertes Vorgehen von der Führungsspitze jederzeit angeordnet werden konnte.

III. Schwerpunkte der West-Arbeit

Aus dem Blickwinkel der SED bildete die West-Arbeit des MfS nur die andere Seite derselben Aufgabe – die Sicherung und Festigung der kommunistischen Macht in Ostdeutschland. Dem „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“ zufolge diente sie

- „der Sicherheit und den Interessen der DDR, der sozialistischen Staatengemeinschaft, der kommunistischen Weltbewegung und der anderen revolutionären Kräfte;
- der Erarbeitung exakter Kenntnisse über die wichtigsten Feindobjekte und -organisationen ... und der Durchführung offensiver Maßnahmen gegen feindliche Zentren, Objekte und gegen im Operationsgebiet tätige feindliche Kräfte;
- der rechtzeitigen und zuverlässigen Aufdeckung der Pläne, Absichten, Maßnahmen, Mittel und Methoden des Feindes zur Verhinderung von Überraschungen ... und der Einschränkung, Zurückdrängung und Paralyse der subversiven Tätigkeit feindlicher Stellen und Kräfte an ihren Ausgangspunkten; ...
- der weiteren ökonomischen und militärischen Stärkung der DDR ...;
- der Festigung der internationalen Positionen des Sozialismus und seiner Verbündeten ...³³“.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben stand dem MfS ein Apparat von zuletzt rund 91 000 hauptamtlichen und mehr als doppelt so vielen Inoffiziellen Mitar-

33 Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, hrsg. von Siegfried Suckut, Berlin 1996, S. 264 f.

beitern zur Verfügung. Die Schwerpunkte der Tätigkeit im „Operationsgebiet“ – von der Informationsbeschaffung über die politische Einflußnahme und die Bekämpfung „feindlicher“ Personen und Stellen bis zu den Vorbereitungen auf Krisen- oder Kriegssituationen – lagen dabei wie Schichten übereinander, die jeweils eine Steigerungsstufe des politischen Kampfes gegen den „Klassenfeind“ bedeuteten.

1. Informationsbeschaffung

Zu den vorrangigen Aufgaben des MfS gehörte es, in der Bundesrepublik durch ein Netz von Quellen, Residenten, Werbem, Instruktoren, Kurieren, Funkern, Kontaktpersonen etc. einen kontinuierlichen Informationsfluß aus Regierung und Staatsapparat, Parteien und Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft, Militär und Sicherheitsbehörden zu gewährleisten. Zuständig war dafür in erster Linie die HV A, aber auch die Dienstseinheiten der sogenannten „Abwehr“ verfügten im Westen über ein stabiles Netz inoffizieller Verbindungen, das von einem breiten Informationsstrom aus der elektronischen Aufklärung komplettiert wurde. Allein die Zahl der von der „Linie“ III per „Zielkontrolle“ ständig überwachten Telefonanschlüsse in der Bundesrepublik betrug den Aussagen ihres ehemaligen Leiters, Horst Männchen, zufolge etwa 30 000 bis 40 000³⁴.

Dem ständigen Ausbau und Schutz des IM-Netzes widmete das MfS ungeheure Mühen. Die Nutzung der DDR-Botschaften als „legal abgedeckte Residenturen“ (LAR) diente ebenso diesem Zweck wie die zielstrebige Instrumentalisierung von familiären, freundschaftlichen oder beruflichen Verbindungen, die Anschleusung von sogenannten „Romeos“ an potentielle weibliche „Quellen“ oder die systematische Einschleusung von sogenannten „Übersiedlungs-IM“ in die Bundesrepublik. Als Rekrutierungsbasis betrachtete man namentlich die Hochschulen der Bundesrepublik, die seit 1971 systematisch ausgeforscht und mit sogenannten „Stützpunkt-IM“ bestückt wurden – zur „laufenden Gewinnung von Perspektiv-IM und geeigneten Einschleusungskandidaten für das Eindringen in die Hauptobjekte des Feindes“³⁵. Zahl-

reiche Spitzenquellen wie der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Hagen Blau, waren so bereits während ihres Studiums geworben und danach vom MfS in ihrer Karriere zielstrebig befördert worden. Seit Mitte der siebziger Jahre wurden auch sämtliche West-Verbindungen von und zu Inoffiziellen Mitarbeiter in der DDR „allseitig genutzt“, nach dem Mielke den Auftrag erteilt hatte zur „lückenlose(n) Erfassung jeder geeigneten operativen Verbindung von IM/GMS zu Personen in die BRD und in Westberlin, jeder Verbindung zu Bürgern der USA und anderer NATO-Staaten, jeder Reise eines IM, GMS oder Archiv-IM ins Operationsgebiet, jedes Einreise-Antrages, der zu einem IM, GMS oder Archiv-IM in der DDR führt“³⁶.

Die eingehenden Informationen aus dem Westen wurden von speziellen „Auswertern“ benotet und in besonderen Fällen vom MfS prämiert, um die Mitarbeiter zu größtmöglichen Leistungen anzuspornen. Zugleich wurden die Informationen im Rahmen einer systematischen Auswertungs- und Informationstätigkeit analysiert, verdichtet und auf ihre Verwendbarkeit geprüft. Auf diese Weise hatte das MfS einen exzellenten Überblick über nahezu alle bedeutenden gesellschaftlichen Vorgänge, Einrichtungen und Personen in der Bundesrepublik. Ein Großteil dieser Informationen, insbesondere aus dem militärisch-technischen Bereich, floß umgehend weiter an die „Freunde“, wie der KGB im MfS-Jargon bezeichnet wurde.

Aus zahlreichen Spionageprozessen ist inzwischen hervorgegangen, wie umfassend der Informationsfluß von West nach Ost gewesen ist³⁷. Allein die HV A kam 1988 auf knapp 10 000 konspirativ beschaffte Informationen (ohne Wirtschaftsspionage), von denen rund ein Viertel als „wertvoll“ oder sogar „sehr wertvoll“ eingestuft wurde. Und in einem „Kurzbericht“ des Sektors Wissenschaft und Technik (SWT) lautete der erste Punkt einer langen Liste „über wichtige Arbeitsergebnisse der wissenschaftlich-technischen Aufklärung im 1. Halbjahr 1971“ beispielsweise: „Die wesentlichen Nachfolgetypen des Starfighters (geplante

tisch-operative Bearbeitung der Hochschulen in der BRD und in Westberlin“, BStU, ASt. Bln. XV 6.

36 Zentrale Planvorgabe für 1976 und den Perspektivplanzeitraum bis 1980 (Anm. 23), S. 37 f. (IM = Inoffizieller Mitarbeiter; GMS = Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit; Archiv-IM = stillgelegter IM).

37 Eine ausführliche Auswertung dieser Prozesse nimmt vor: Friedrich W. Schlomann, Die Maulwürfe. Noch sind sie unter uns, die Helfer der Stasi im Westen, München 1993; vgl. auch die Übersichten im Anhang bei: Peter Siebenmorgen, „Staatsicherheit“ der DDR. Der Westen im Fadenkreuz der Stasi, Bonn 1993.

34 Vernehmung von Horst Männchen vom 24. bis 26. 9. 1991, zit. in: Der Generalbundesanwalt, Anklageschrift gegen Markus Wolf, Karlsruhe 1992, S. 114.

35 Stellvertreter des Ministers: Dienstanweisung 5/71 „über die systematische operative Bearbeitung der Universitäten und Hochschulen im Operationsgebiet – Bearbeitung von Universitäten und Hochschulen –“ (Fassung vom 1. August 1971), S. 1 f., BStU, ASt. Bln. XV II. Vgl. auch die aufschlußreichen HV A-„Forschungsergebnisse zum Thema ‚Die poli-

und in der Planungsdiskussion befindliche) konnten vollständig oder in wichtigen Teilen dokumentiert werden.³⁸

Zwei Jahre zuvor hatte HVA-Chef Wolf seinem Minister gemeldet, daß allein in der II. Wettbewerbsstufe zur Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR rund 55 000 Mikrate – d. h. Kleinstbildnegative von Dokumenten – bearbeitet werden „mußten“. Auf insgesamt 13 Seiten würdigt Wolf in dem Bericht die „Leistungen“ der HVA – z. B. so: „Die Abteilung I konnte in zwei Hauptobjekten (BMZ, BMWi) erstmalig Quellen schaffen, . . . Zwei Vorgänge, Sekretärinnen in CDU-Spitze, befinden sich vor Abschluß der Werbung. Zwei Vorgänge, MdB der SPD, konnten von der politischen Kontaktierung in die Phase der Abschöpfung politischer Informationen übergeleitet werden. Ein IM wurde in die Friedrich-Ebert-Stiftung eingeschleust . . . Die Abteilung IV konnte einen IM in ein Hauptobjekt (BMVtg. FÜ 1) einschleusen. Eine weitere erfolgreiche Schleusung in dieses Spitzobjekt gelang mit einem Perspektiv-IM (BMVtg – Ministerialbüro) . . .“³⁹

Besonders dicht war das Spitznetz in West-Berlin, das von den unterschiedlichsten Dienststellen infiltriert wurde. Allein die Abteilung XV der BV Berlin führte dort 1989 65 IM und 32 „registrierte KP“ (Kontaktpersonen) – von einem Elektriker der Bundesdruckerei (IM „Bank“) über einen leitenden Angestellten der Schering AG (IM „Harry“) bis zu einem Professor der Freien Universität und Funktionär der Alternativen Liste (IM „Zeit“). Im Arbeitsplan der Abteilung wurden deren Aufgaben beispielsweise so beschrieben: Quelle „Bank“: „Weitere Aufklärung der Produktionsvorgänge des neuen BRD-Personalausweises und des Reisepasses.“ Quelle „Zeit“: „Ausbau seiner Position in den Berlin-Gremien . . . und des Kontakts zum Deutschlandpolitischen Sprecher der Fraktion und zur Evangelischen Kirche (Evtl. Akademie W[est-Berlin] und Vorbereitungsgremien des Kirchentages 1989 in WB).“ Quelle „Harry“: „Weitere Orientierung auf die Beschaffung interessanter Dokumente zur Konzernstrategie, zu gesetzgeberischen Aktivitäten

38 Hauptverwaltung A, SWT-Leiter: Kurzbericht über wichtige Arbeitsergebnisse der wissenschaftlich-technischen Aufklärung im I. Halbjahr 1971, S. 13, BStU, ZA, SdM 355, Bl. 14–22.

39 Leiter der HVA, Bericht über die Erfüllung der politisch-operativen Verpflichtungen der II. Etappe der Vorbereitung des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. 3. 1969, S. 6 ff, BStU, ZA, SdM 1474. (BMZ = Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; BMWi = Bundesministerium für Wirtschaft; BMVtg. = Bundesministerium der Verteidigung).

auf dem Gebiet der Gen-Forschung und -technologie sowie zur Außenhandelskonzeption.“⁴⁰

Die umfassende Informationsbeschaffung aus dem Westen hatte weitreichende Konsequenzen: Während die Ergebnisse der Wirtschaftsspionage der DDR-Wirtschaft „Einsparungen“ in Milliardenhöhe brachte und den Kollaps der achtziger Jahre um Jahre hinauszögerte, machte die Militärspionage den Westen im Fall einer kriegerischen Auseinandersetzung extrem verletzlich. Die Informationen aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben boten die Grundlage für eine systematische Einflußnahme auf Personen, Vorgänge und Institutionen. Namentlich in West-Berlin bildete das Spitznetz eine zentrale Voraussetzung für die „politisch-operative Vorbereitung auf besondere Lagebedingungen“ – d. h. für die „Festnahme, Isolation bzw. Internierung der feindlichen Kräfte“ im Fall einer Okkupation⁴¹.

2. Einflußnahme auf das politische Leben

Ziel der Tätigkeit im „Operationsgebiet“ war, getreu dem Selbstverständnis des MfS als „Schild und Schwert der Partei“, die Fortsetzung des „Klassenkampfes“ mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Während der gesamten Geschichte der alten Bundesrepublik war die Stasi – in Parteien, Verbänden, Medien, Bewegungen und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen – als zusätzliche konspirative Kraft faktisch immer mit dabei und suchte über ihre Inoffiziellen Mitarbeiter, über zentral gesteuerte „Aktionen“ und über andere „aktive Maßnahmen“ im Sinne der SED Einfluß zu nehmen. Ihre wichtigsten Mittel waren dabei die gezielte Kompromittierung und Verunsicherung politischer „Gegner“, die Schürung von Differenzen und Konflikten sowie die systematische Förderung der jeweils vom MfS vorgegebenen politischen und taktischen „Linie“ durch das Netz Inoffizieller Mitarbeiter.

Um die Regierung des damals noch nicht zur Bundesrepublik gehörenden Saarlandes zu verunsichern, organisierte das MfS beispielsweise im Vorfeld der im Herbst 1955 abgehaltenen Volksabstimmung ein „Scheinattentat“ gegen den damaligen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann. Mit

40 Arbeitsplan der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Berlin für das Jahr 1989 vom 16. 12. 1988, S. 4 und S. 11, BStU, Ast. Bln. XV 24.

41 Leiter der Arbeitsgruppe des Ministers: Informationsbedarf zur politisch-operativen Vorbereitung des Operationsgebiets II für besondere Lagebedingungen vom 28. 1. 1988, BStU, Ast. Bln. XV 389. Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin: Linien-spezifische Aufgaben der BV Berlin vom 5. 8. 1985, S. 1, BStU, Ast. Bln. A 1011/2.

dem Ziel, Hoffmann und seine unmittelbare Umgebung „in politische Nervosität zu versetzen“, wurde ein Agent der „Aufklärung“ beauftragt, eine Briefbombe an den Regierungschef zu senden, die beim Öffnen explodieren sollte⁴².

Zur Herabwürdigung des SPD-Politikers Willy Brandt veranlaßte HVA-Chef Wolf im März 1959 die Verhaftung eines in Leipzig wohnenden Bekannten Brandts, der im Gefängnis Erklärungen über angebliche frühere Gestapo-Verbindungen Brandts abgeben sollte. Der Betroffene wurde erst wieder freigelassen, nachdem es gelungen war, „durch die Untersuchungen ... eine Reihe kompromittierender Tatsachen über den Regierenden Bürgermeister von West-Berlin“ in Erfahrung zu bringen, „die zur publizistisch-agitatorischen Auswertung geeignet“ erschienen⁴³.

Eine Reihe von überlieferten „Maßnahmeplänen“ macht deutlich, daß Vorgehensweisen wie diese häufig Bestandteil größerer „Aktionen“ waren. Im Rahmen der „Aktion ‚Klarheit‘“ sollte z. B. der Wahlkampf der SED bei den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 1958 unterstützt werden⁴⁴. Dem 13seitigen Plan zufolge sollten u. a. über die wichtigsten Kandidaten – darunter Willy Brandt – „zusätzliche kompromittierende Materialien“ beschafft und unter dem Namen der CDU 5 000 Flugblätter verteilt werden („Inhalt: Verleumdung und Beschimpfung der anderen am Wahlkampf beteiligten Parteien, besonders der SPD“) – um nur zwei der insgesamt 39 Maßnahmen zu nennen⁴⁵. Ein ähnlicher Plan ist zur Popularisierung des sogenannten „Deutschlandplanes“ der SED aus dem Jahr 1960 überliefert, der u. a. die „Unterstützung des Auftretens von G(heimen) M(itarbeitern) in SPD und DGB“ und die Lancierung von zustimmenden Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten „durch Ausnutzung von Kontakten des MfS“ zu Presseorganen wie dem „Freiheitsboten“ der „Gruppe Niemöller“ vorsah⁴⁶.

42 IM-Vorgang „Wenig“, S. 39, S. 49 und S. 62, BStU, ZA, MfS AIM 1844/70; „Bombers Beichte. Der Anschlag auf den Saar-Ministerpräsidenten anno 1955 war Werk eines Stasi-Spezialisten“, in: Focus, Nr. 19/1997, S. 36 ff.

43 Haftbeschluß von Müller/Jänicke/Wolf gegen Georg Angerer vom 13. 3. 1959; Entlassungsbeschluß von Mielke betreffend Georg Angerer vom 27. 7. /26. 9. 1959, S. 8 f., BStU, ZA, AU 4000/65.

44 Anlage zum Schreiben der Abteilung V der HV A an Generalmajor Wolf vom 16. 10. 1958, BStU, ASt. Bln. XV 25.

45 HV A, Abt. V, Maßnahmeplan zur Aktion „Klarheit“ vom 16. 10. 1958, BStU, ASt. Bln. XV 25, S. 2 und S. 10.

46 Entwurf über Vorschläge und Maßnahmen für die Verbreitung des Deutschlandplanes des Volkes und zur Beeinflussung westdeutscher und Westberliner Bevölkerungsschichten für den Deutschlandplan, S. 5 und S. 2, BStU, ZA, SdM 1121.

Die Einflußnahme des MfS auf die westdeutsche Politik erfolgte in den sechziger Jahren in enger Kooperation mit dem ZK der SED und dem für Agitation zuständigen Mitglied des Politbüros Albert Norden. Um Politiker der Bundesrepublik zu kompromittieren, suchte man vor allem nach Hinweisen auf persönliche Verstrickungen in das NS-Regime, wofür von MfS-Mitarbeitern „Personalakten aus der NS-Zeit ... aus den Archiven angefordert und nach belastendem Material durchsucht und je nach Maßgabe ‚vervollständigt‘ (wurden) durch Dokumente aus eigener Fertigung“⁴⁷. Diese wurden dann in westliche Presseerzeugnisse lanciert oder auf propagandistischen Pressekonferenzen der Nationalen Front in Ost-Berlin präsentiert – wohingegen den westdeutschen Ermittlungsbehörden der Aktenzugang verwehrt blieb. „Nachdem die Suche nach den Oberländer-Akten so außerordentlich erfolgreich gewesen ist und wir jetzt uns anderen Persönlichkeiten der Bundesregierung zuwenden müssen“, so schrieb Albert Norden an Erich Mielke beispielsweise im Mai 1960, „bitte ich Dich zu veranlassen, daß eine systematische Nachforschung in der Richtung betrieben wird, ob über die Minister Seehofer und Lemmer sowie den Staatssekretär im Lemmer-Ministerium, Thedieck, Aktenmaterial vorhanden ist. Ich bin überzeugt, daß eine systematische Suche in den verschiedenen Ministerien und Archiven uns mindestens Teilerfolge bringen wird.“⁴⁸

Mit dem Vorwurf der NS-Belastung wurden fast alle führenden Politiker der CDU überzogen, nachdem sich das MfS bereits Anfang der fünfziger Jahre den Zugriff auf die Nazi-Akten gesichert hatte⁴⁹. Ein Tag vor seiner Wiederwahl zum Bundespräsidenten wurde beispielsweise Heinrich Lübke im Juni 1964 öffentlich als „Baumeister faschistischer Konzentrationslager“ angeprangert – die „Beweise“ für die Kampagne lieferte das MfS⁵⁰. Und in einem Bericht aus dem Jahr 1969 rühmte sich Wolf: „Die Abteilung X arbeitete zusätzlich an politisch-operativen Maßnahmen gegen Kiesinger und Gerstenmaier. Der 1. Entwurf der Kiesinger-Dokumentation liegt vor. ...

47 Günther Bohnsack/Herbert Brehmer, Auftrag Irreführung: Wie die Stasi Politik im Westen machte, Hamburg 1992, S. 49. Bohnsack gehörte der für „Aktive Maßnahmen“ zuständigen Abteilung X der HV A seit ihrer Gründung im Jahr 1966 an.

48 Schreiben von Albert Norden an Erich Mielke vom 9. 5. 1960, BStU, ZA, SdM 1121.

49 Vgl. Deckname Stabil (Anm. 8), S. 57 ff. und S. 66 f.

50 Vgl. Albert Norden, Ereignisse und Erlebtes, Berlin 1981, S. 235; ausführlich zur Kampagne gegen Lübke: Ladislav Bittman, Geheimwaffe D, Bern 1972, S. 162 f.; G. Bohnsack/H. Brehmer (Anm. 47), S. 59 f.

In der schwedischen und holländischen Presse konnten kompromittierende Artikel über Kiesinger veröffentlicht werden. Für eine Publikation gegen die Fortsetzung der Großen Koalition wurde Material gesammelt und zusammengestellt, Sondierungs- und Kontaktgespräche geführt, Abgeordnete und Funktionäre um schriftliche Stellungnahme ersucht.⁵¹

Zur Diskreditierung der Bundesrepublik inszenierte das MfS 1961 – zeitgleich zum beginnenden Eichmann-Prozeß in Jerusalem – sogar eine antisemitische Hetzkampagne gegen Überlebende des Holocaust in verschiedenen deutschen Städten (Aktion „J“), denen im Namen bekannter Antisemiten Drohbriefe wie dieser zugeschickt wurden: „Die Hetze von Euch Juden wird unerträglich. Wir haben doch nicht genug vergast. Verschwinde, oder wir holen Dich und machen Dich fertig! Juden raus! (ein deutscher SS-Mann).“⁵²

Einen Höhepunkt der politischen Einflußnahme bildete die Bestechung des CDU-Abgeordneten Julius Steiner, der beim konstruktiven Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt dem Antrag seiner eigenen Fraktion gegen Zahlung von 50 000 DM seine Stimme versagte⁵³. Aber auch die FDP-Politiker Hanns Heinz Porst und William Borm wurden von HVA-Chef Wolf regelmäßig instruiert⁵⁴.

Einfluß übte das MfS auch über seine Präsenz in zahlreichen „progressiven“ Bewegungen und Gruppierungen aus. In einem Bericht aus dem Jahr 1969 spricht Markus Wolf davon, daß durch „das öffentliche Auftreten von mehreren wichtigen IM (Pressekonferenz, Fernsehen usw.)“ zu den „aktiven Maßnahmen“ zum Thema „ABC-Waffen-Produktion in Westdeutschland“ entscheidend beigetragen worden sei. Und einer „Aufstellung über operative Verbindungen zu Organisationen und Gruppen der APO in Westberlin“ zufolge verfügte allein der Aufklärungsapparat des MfS über drei Inoffizielle Mitarbeiter und vier Kontaktpersonen (KP) im Republikanischen Club, über neun IM und vier KP im SDS, über zwei IM und drei KP im ASTA von FU und TU sowie über sechs IM in anderen Organisationen. Wörtlich heißt es in dem der Aufstellung vorangestellten Plan zur „Störung der Vorbereitung und Durchführung der (seinerzeit in Berlin geplanten, d. V.) Bundesversamm-

lung vor allem durch Unterstützung der geplanten Aktionen der Außerparlamentarischen Opposition“: „Die geplanten Maßnahmen der Westberliner APO gegen die Bundesversammlung und den Nixon-Besuch am 27. 2. werden mittels aller nutzbaren operativen Verbindungen in APO-Kreisen unterstützt durch:

- Orientierung auf einheitliche Aktionen aller Gruppierungen der APO;
- Hilfe bei der Organisierung politischer Demonstrationen (bes. bei der geplanten Veranstaltung des Republikanischen Clubs am 5. 3. in Westberlin), Einflußnahme auf den Charakter und die Losungen der Demonstrationen;
- Hilfe bei der Erarbeitung und Verbreitung von Flugblättern und anderen Agitationsmaterialien (insbesondere einer Agitationsschrift des Westberliner Republikanischen Clubs über den Zusammenhang zwischen den Bonner Berlin-Provokationen und den Nachteilen für die Westberliner Bevölkerung) . . . ;
- Nutzung des Berliner Extradienstes⁵⁵ für eine Kampagne von Meldungen und Artikeln gegen die Bundesversammlung und die Politik des Schütz-Senats und die Folgen für Westberlin.⁵⁶

Anfang der achtziger Jahre war das MfS vor allem darum bemüht, den Anti-Raketen-Protesten im Westen zum Erfolg zu verhelfen. Im August 1981 legte der Leiter der Abteilung II der HV A dazu ein ausführliches „Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD“ vor, das u. a. eine „zentrale Steuerung des inoffiziellen Netzes“ im Westen durch eine spezielle „Leitstelle“ im MfS vorsah⁵⁷. Allein die Gruppierung „Generäle für den Frieden“ wurde vom MfS mit 100 000 DM unterstützt⁵⁸. Und im Telegrammstil gab Erich Mielke im Juni 1983 der MfS-Führungsspitze die folgenden Orientierungen

55 Der Berliner Extradienst wurde 1967 im Zuge der Studentenbewegung gegründet und ging 1979 in der Tageszeitung „Die Neue“ auf. Sein Chefredakteur Carl Guggomos bekam von der HV A „jede Hilfe, ohne daß der Geheimdienst sichtbar in Erscheinung getreten wäre“. G. Bohnsack/H. Brehmer (Anm. 47), S. 193.

56 HVA, Abteilung X: Plan aktiver Maßnahmen gegen die Bundesversammlung am 5. März in Westberlin vom 17. 2. 1969, BStU, ZA, SdM 1439. Drei IM und zwei KP werden in der Liste doppelt genannt; drei IM („Heinemann“, „Zeit“ und „Jutta“) wurden auch 20 Jahre später noch von der Abteilung XV in West-Berlin geführt (vgl. Anm. 40).

57 Hauptverwaltung A, Abteilung II: Konzept für aktive Maßnahmen zur Förderung der Friedensbewegung in der BRD vom 17. 8. 1981, auszugsweise dokumentiert in: Rita Sélitrenny/Thilo Weichert, Das unheimliche Erbe. Die Spionageabteilung der Stasi, Leipzig 1991, S. 196–200, hier: S. 200.

58 M. Wolf, Spionagechef (Anm. 2), S. 343.

51 Leiter der HVA, Bericht (Anm. 39), S. 5.

52 BStU, ZA, HA XX/4-513, S. 11; vgl. auch „Antisemitismus made in DDR. Aktenfunde im ehemaligen Stasi-Archiv belegen zynische Hetzkampagne gegen Münchner Juden“, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. 12. 1993.

53 Vgl. Der Generalbundesanwalt (Anm. 34), S. 101.

54 Vgl. ebd., S. 230 ff.

für die Arbeit im Westen: „Notwendig: Stärkere Unterstützung der Bewegung gegen Stationierung in westlichen Ländern, besonders BRD, durch geeignete, wirksame aktive Maßnahmen, unter Nutzung (der) Mittel und Möglichkeiten des MfS. Es ist Aufgabe des MfS beizutragen, jene Kräfte zu unterstützen (in der SPD und FDP, d. V.), die realistisch denken und jetzt für Aufhebung des Raketenbeschlusses eintreten. Zunehmenden Differenzierungsprozeß nutzen, ihn fördern! Kräfte in der SPD unterstützen, die Parteiführung drängen, endlich klar Stellung zu beziehen – möglichst noch vor Herbst (wenn Sonderparteitag darüber stattfinden soll). Die SPD darf nicht länger lavieren. Bei Kontakten mit Grünen konzentrieren auf Berührungspunkte im Kampf um Friedenssicherung. Voraussetzung für effektive Maßnahmen: Noch bessere Analyse, auf welche Kräfte man sich stützen kann (Funktionäre, Landesverbände, Parteibasis).“⁵⁹

3. Bekämpfung „feindlicher“ Stellen und Personen

Die Infiltrierung und „Zersetzung“ DDR-kritischer Einrichtungen im Westen war von Anbeginn eine zentrale Aufgabe des MfS. Nur wenigen Westdeutschen ist bewußt, wie sehr der lange Arm der Stasi gerade auf diesem Gebiet bis in den Westen reichte. In einer Zusammenstellung vom Mai 1978 werden insgesamt 113 westdeutsche Institutionen aufgeführt, die vom MfS als „Zentren, Organisationen und Einrichtungen der politisch-ideologischen Diversion“ klassifiziert wurden, darunter „staatliche Einrichtungen“ wie das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, „Verlage und Rundfunkstationen“ wie der Rias und der Deutschlandfunk, „Zentren, Organisationen und Institutionen“ wie Amnesty International sowie „Einrichtungen der DDR- und Ostforschung“ wie die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn⁶⁰. Über viele der aufgeführten Einrichtungen bezeichnete sich die HV A als „umfassend auskunftsfähig“ – im Klartext: durch Zuträger im Innern umfassend informiert. 1985 waren es schon über 150 Gruppen und Institutionen, zu denen Mielke jeweils eine bestimmte Diensteinheit beauftragte, in „ihre Ausgangsbasen und Führungsgremien einzudringen, rechtzeitig und umfassend ihre Pläne, Absichten und Maß-

nahmen zu erkennen, wirksam ihre feindlichen Machenschaften zu entlarven sowie nachhaltig ihr Wirksamwerden in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu verhindern“⁶¹.

Diese Einrichtungen wurden in der Regel in „Feindobjektakten“ (FOA), „Operativen Vorgängen“ (OV) oder „Zentralen Operativen Vorgängen“ (ZOV) bekämpft. Wie erfolgreich das MfS dabei war – mit bis in die Gegenwart reichenden Nachwirkungen –, zeigt das Beispiel der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM), die in einem 61 Bände umfassenden ZOV bearbeitet und vom MfS systematisch als rechtsextrem oder faschistisch stigmatisiert wurde⁶². Ähnlichen Aufwand entfaltete es gegen die Lippstadter Gruppe „Hilferufe von drüben“ (Hvd), auf die den Akten zufolge über 80 Inoffizielle Mitarbeiter angesetzt waren, die man u. a. durch eine systematische Recherche in den Speichern des MfS und durch die Überwachung praktisch sämtlicher Verbindungen von Lippstadt in die DDR und umgekehrt rekrutiert hatte⁶³. Im Mittelpunkt stand dabei immer das Ziel, die „Feindorganisation“ umfassend aufzuklären und zu „zersetzen“, wofür grundsätzlich alle „operativen Möglichkeiten“ des MfS genutzt werden sollten.

Die Bekämpfung erfolgte aber auch personenbezogen, wobei ein Überblick über die Zahl der als „feindlich“ eingestuft und „bearbeiteten“ Bundesbürger bislang fehlt. Allein die (keineswegs vollständige) Liste aus der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin über Personen im Westen, die als Unterstützer des „politischen Untergrundes“ (PUT) in der DDR betrachtet wurden, umfaßte Anfang 1989 fast 1400 Namen⁶⁴. Die „operative Bearbeitung“ von Feindpersonen umfaßte in der Regel ein breites Arsenal an Überwachungs- und Verfolgungsmaßnahmen wie Postkontrolle, Telefonkontrolle, Ausforschung durch IM, professionelle Observation, Einreise- und/oder Transitreiseverbot, „Zersetzung“ durch gezielte Diskreditierung, „Organisierung beruflicher Mißerfolge“ und andere „spezielle Maßnahmen“ – nur diesmal im Westen.

59 Schreiben des Ministers vom 15. 2. 1985 in der aktualisierten Fassung vom 14. 10. 1988, S. 1 f., BStU, ZA, DSt. 103142.

62 ZOV „Zentrale“, BStU, ZA, AOP 6072/91. Vgl. J. Wüst (Anm. 32), S. 37–53.

63 Vgl. Claus P. Clausen/Helmut Kamphausen/Gerhard Löwenthal, Feindzentrale „Hilferufe von drüben“, Lippstadt 1993.

64 Gesamt-PUT-Liste (NSW), Stand: 7. 4. 1989, BStU, Ast. Bln. A 1001/2.

59 Hinweise für die Kollegiumssitzung am 26. 6. 1983, S. 4, BStU, ZA, SdM 1567.

60 Übersicht über Zentren, Organisationen und Einrichtungen der politisch-ideologischen Diversion in der BRD und in Westberlin vom Mai 1978, BStU, ZA, MfS ZAIG 5161.

In einem umfangreichen ZOV wurde beispielsweise der in West-Berlin lebende Bürgerrechtler Roland Jahn systematisch mit Zersetzungsmaßnahmen überzogen. So streute man unter Journalisten, Freunden und politischen Gruppierungen das Gerücht, er betreibe sein DDR-Engagement nur aus Geldgier (Aktion „Keil“). Sein Telefon wurde rund um die Uhr abgehört, und für sein Stammcafé wurde die „Einleitung der B-Maßnahme der HA VIII“ beschlossen – im Klartext: die Installation einer Wanze. Und als die Bundestagsfraktion der Grünen erwog, ihn als Mitarbeiter einzustellen, legte man lapidar fest: „In Zusammenarbeit mit der HVA/II ist eine Arbeitsaufnahme bei den ‚Grünen‘ zu verhindern.“⁶⁵

Gegen den Schriftsteller Jürgen Fuchs ging das MfS mit ähnlichen Methoden vor. Allein im September 1982 organisierte es die folgenden „speziellen Maßnahmen“: „FUCHS wurde kontinuierlich, vor allem in den Nachtstunden, in seiner Wohnung angerufen, ohne daß sich der Anrufer meldete. Gleichzeitig wurde jeweils der Fernsprechananschluß zeitweilig blockiert. Im Namen von FUCHS wurde eine Vielzahl von Bestellungen aufgegeben, darunter auch Bestellungen, die zur Kompromittierung des FUCHS geeignet sind. Mehrfach wurden Taxis und Notdienste (Schlüsselschnotdienst, Abflußnotdienst, Abschleppdienst) vorwiegend nachts zur Wohnung des FUCHS bestellt. Mit einer Vielzahl von Dienstleistungsunternehmen und anderen Einrichtungen wurden zu unterschiedlichen Tageszeiten, einschließlich der Wochenenden, Besuche bei FUCHS vereinbart (Beratung von Wohnungs- und Kücheneinrichtung sowie zur Badausstattung; Polstermöbelaufarbeitung, Polstermöbelreinigung, Wohnungsreinigung, Fensterputzer, Abholung von Schmutzwäsche, von Teppichen und Gardinen; Verkauf von Antiquitäten, Antiquariatsartikeln, Musikinstrumenten, Wohnungsauflösung, Abholung von Autowracks; Reparatur von Fernsehgeräten und Waschmaschinen; Möbeltransport, Unggzieferbekämpfung, Bereitstellung von Mietautos mit Fahrer, Massage, Beratung über Versicherungsabschlüsse, Buchung von Reisen, Bestellung von Menüs).“⁶⁶

Überliefert ist schließlich auch eine Anfrage der HVA aus dem Jahr 1982, in der „im direkten Auftrag von Markus Wolf“ die für Kampfeinsätze zuständige AGM/S darum gebeten wird, „die Bereitstellung, Ausbildung und ständige Gewähr-

leistung der Einsatzbereitschaft einiger weniger vertrauensvoller Einsatzkader für ganz spezifische Aufgaben im Operationsgebiet“ zu prüfen. Zu den „Hauptrichtungen der vorgesehenen Aufgaben“ zählte danach u. a. die „Bekämpfung feindlicher Personen in der vollen Breite der möglichen Maßnahmen zu ihrer Bestrafung, Unschädlichmachung, ihrer Verbringung in sicheren Gewahrsam“⁶⁷. Obwohl der Leiter der Arbeitsgruppe empfahl, dem Anliegen zuzustimmen, liegt aufgrund der Vernichtung des HVA-Archives das weitere Schicksal der „Anfrage“ im dunkeln.

4. Vorbereitungen auf Kriegs- und Krisensituationen

Der Kampf gegen den Westen wurde von SED und MfS immer auch als militärische Auseinandersetzung geplant und vorbereitet – unabhängig von den öffentlichen Bekenntnissen zum Frieden. Im MfS lief dazu eine intensive „Mobilmachungsarbeit“, die auch und gerade die West-Arbeit betraf. Für den Einsatz in der Bundesrepublik und West-Berlin bildete das MfS seit den frühen fünfziger Jahren spezielle Kampfkräfte aus, die „auf Befehl gegen politische, wirtschaftliche und militärische Schwerpunktobjekte – insbesondere deren neuralgische Punkte – einschließlich Personen erfolgreiche Aktionen“ führen sollten. Diese Einsatzgruppen hatten „jederzeit bereit zu sein, um unter allen Bedingungen der Lage – unter relativ normalen, friedlichen Bedingungen als auch im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen – aktive Aktionen gegen den Feind und sein Hinterland erfolgreich durchzuführen“⁶⁸.

Die Geschichte und die Arbeitsweise dieser speziell geschulten Kampfkräfte sind bislang nur in Umrissen bekannt. Den aufgefundenen Unterlagen zufolge wurden derartige Kräfte, zeitweise unter der direkten Ägide von Markus Wolf, systematisch für Sabotageaktionen und andere Kampfeinsätze im „Hinterland des Feindes“ vorbereitet. Den „Einsatzgrundsätzen“ dieser Kampfgruppen zufolge hatten sie die Aufgabe, im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen u. a. durch „Ausschal-

67 Leiter AGM/S: Information über ein Anliegen der HVA zur Bereitstellung von Einsatzkräften durch die AGM/S vom 12. 3. 1982, S. 1, BStU, BF-Dok. 37.

68 Leiter Arbeitsgebiet „S“ der Arbeitsgruppe des Ministers: Einsatzgrundsätze und Hauptaufgaben der Einsatzgruppen im Operationsgebiet vom 15. 4. 1981 (GVS MfS 046-9/81), BStU, ZA, HA XXII-1600, S. 1. Vgl. auch Stephan Fingerle/Jens Gieseke, Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, in: BF informiert, 14/1996, hrsg. vom BStU.

65 Abschneprotokoll vom ZOV „Weinberg“ vom 13. 11. 1987, Bd. 10, S. 21, BStU, ZA, 16922/91.

66 Zit. in: Jürgen Fuchs, Unter Nutzung der Angst, in: BF informiert, 2/1994, hrsg. vom BStU, S. 39.

tung von Führungskräften mit Entscheidungsbe-
fugnis oder speziellen Fähigkeiten“ und durch
„Zerstörungen bzw. Beschädigungen der Gasver-
sorgung, der Wasserversorgung, des Straßentrans-
portwesens“ etc. gegen Objekte in der Bundes-
republik vorzugehen. In Spannungsperioden war
u. a. die „Behinderung und Verunsicherung poli-
tisch-administrativer Zentren zur Durchsetzung
des Notstandsmechanismus“, die „Verunsicherung
von führenden Personen im imperialistischen
Machtapparat“ und die „Auslösung von panik-
erzeugenden Maßnahmen“ vorgesehen. Unter
„relativ friedlichen Verhältnissen“ hatten die Ein-
satzgruppen dagegen u. a. die „Liquidierung oder
Beibringung von Verrätern“ und die „Verunsie-
cherung von führenden Zentren der politisch-ideo-
logischen Diversion durch Störung bzw. Behinde-
rung ihres Arbeitsablaufes sowie Beschädigung
oder Lahmlegung von Einrichtungen, Technik und
Akten bzw. Unterlagen dieser Zentren“ zur Auf-
gabe⁶⁹.

Darüber hinaus befaßte sich das MfS auch mit der
Ausbildung einer geheimen Militärorganisation
der DKP, deren mehrere hundert Mitglieder in
Krisenfällen als „Partisanenarmee“ tätig werden
sollten. Die „patriotischen Kräfte“ waren u. a. für
die „Befreiung festgesetzter Genossen“, „für
Sabotageakte gegen Züge und Fernmeldeeinrich-
tungen“ sowie für „Anschläge auf ausgesuchte
Personen“ vorgesehen⁷⁰. 14 noch feststellbare Mit-
glieder wurden im Herbst 1995 wegen „Vorberei-
tung von Sabotagehandlungen“ und „Agententä-
tigkeit zu Sabotagezwecken“ zu Geldbußen
verurteilt⁷¹. Für West-Berlin schließlich hatte das
MfS eine komplette Übernahme durch den Staats-
sicherheitsdienst vorbereitet, einschließlich eigen-
er Kreisdienststellen des MfS in den zwölf west-
lichen Bezirken; sogar das Personal war bereits
namentlich festgelegt worden. Zu den „Haupt-
aufgaben“ der DDR-Staatssicherheit in West-Ber-
lin rechnete das MfS u. a. die „Entfaltung eines
wirksamen Fahndungssystems, um untergetauchte
Feindkräfte aufzuspüren und unschädlich zu
machen“, sowie den „Einsatz vorhandener geeig-
neter IM aus Westberlin . . . zur Aufklärung und
zum Eindringen und Unschädlichmachung dieser
Feindkräfte, Brechen des gegnerischen Wider-
standes“⁷².

69 Alle Zitate aus: Leiter Arbeitsgebiet „S“ der Arbeits-
gruppe des Ministers (Anm. 68).

70 Vgl. Der Spiegel, Nr. 1/1990, S. 65 ff., und Nr. 2/1990,
S. 61 ff.

71 Vgl. Frankfurter Rundschau vom 30. 10. 1995.

72 Linienspezifische Aufgaben der BV Berlin (Anm. 41),
S. 1 f.

IV. Fazit

Das Ministerium für Staatssicherheit betrieb seit
seiner Gründung eine intensive „Arbeit in und
nach dem Operationsgebiet“. Da die Bundesrepu-
blik und darüber hinaus das westliche Lager im
dichotomischen Weltbild der SED den „Haupt-
feind“ im Klassenkampf bildeten, sollten deren
Pläne und Absichten lückenlos aufgeklärt und
bekämpft werden. Auch die innere Opposition war
in der ideologiegeleiteten Wahrnehmung von SED
und MfS durch äußere „feindliche“ Einwirkungen
ausgelöst – entsprechend intensiv wurden ihre
„Ausgangspunkte“ im Westen überwacht und ver-
folgt.

Natürlich sind die Dimensionen der Stasi-Durch-
dringung in der DDR und in der alten Bundesre-
publik nicht gleichzusetzen. Eine flächendeckende
Überwachung war in Westdeutschland weder mög-
lich noch von der SED beabsichtigt. Insbesondere
fehlten dem MfS im Westen die Sanktionsmög-
lichkeiten des Parteistaates und der totale Zugriff auf
den einzelnen – was freilich auch die Verpflichtung
von Bundesbürgern zu einer IM-Tätigkeit in einem
anderen Licht erscheinen läßt. In den Nerven-
zentren der westdeutschen Gesellschaft war der
Staatssicherheitsdienst jedenfalls fast durchgehend
verankert, und seine Maßnahmen zur politischen
Einflußnahme und zur Bekämpfung „feindlicher“
Stellen und Personen trugen mit dazu bei, daß die
SED-Diktatur im Westen zunehmend Akzeptanz
fand.

Die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung
dieser „zweiten“ Dimension der DDR-Staats-
sicherheit steht erst noch bevor. Sie stößt nicht
zuletzt deshalb auf Widerstände, weil die west-
deutsche Gesellschaft von den revolutionären
Umbrüchen in Ostdeutschland kaum berührt
wurde. Während die Fehler der Väter und Groß-
väter hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber den
Machthabern einer Diktatur die Feuilletons be-
herrschen, schweigt man sich zu den eigenen lieber
aus.

Über die Rolle der Inoffiziellen Mitarbeiter im
Westen im Getriebe einer totalitären Diktatur,
über Schuld und Verantwortung oder über Wege
der Wiedergutmachung hat bislang jedenfalls nie-
mand von den Beteiligten gesprochen. Ähnlich
wie im Osten rechtfertigen vielmehr viele ihre
Tätigkeit für das MfS mit politischen Utopien oder
verweisen darauf, in ihren Berichten und Zusam-

menkünften nur kleine, oftmals unbedeutende Teilaspekte übermittelt zu haben – ohne jemals „jemandem geschadet zu haben“. Sie vergessen dabei, daß sie als Zulieferer und Befehlsempfänger einer großen, militärisch organisierten Maschinerie fungierten, die willens und in der Lage war, ihre „Gegner“ rücksichtslos zu bekämpfen und nach Möglichkeit zu vernichten. Und sie tragen mit dazu bei, daß eine Debatte über die Bedingungen und Motive, die die Verstrickung in die SED-Diktatur erst möglich gemacht haben, im Westen

unterbleibt: Die verblende Kraft politischer Ideologien und dichotomischer Weltbilder, der verführerische Reiz des Verbotenen und der Zusammenarbeit mit einer geheimen Macht, der schlichte Egoismus und die Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen für den einzelnen und das Gemeinwesen – ohne eine Thematisierung dieser Fragen ist, trotz 40 Jahren zusätzlicher Demokratieerfahrung, auch der Westen gegen eine Wiederverkehr des Vergangenen unter anderen Konstellationen nicht gefeit.